

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Grigorios Aggelidis, Katja Suding, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/26192 –

Elterngeldverlängerung als Überbrückungshilfe für Familien ermöglichen

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion seien die Auswirkungen des Coronavirus auf das Leben der Menschen seit Monaten einschneidend und vor allem für Familien erneut deutlich spürbar. Familien trügen derzeit die Hauptlast der Auswirkungen der verstärkten Ausbreitung des Coronavirus. Durch die Schließung oder Einschränkungen des Regelbetriebs von Kitas, Kindergärten und Schulen müssten Eltern von Kindern und Jugendlichen deutlich höhere Lasten in vielerlei Hinsicht tragen. Dazu zählten auch Eltern, die auf die Eingewöhnung ihrer Kinder in der Kindertagesbetreuung warteten und die auch nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen in den Kindertagesstätten weiter mit deren Folgen zu kämpfen hätten, da es dabei zu ungeplanten Verschiebungen kommen werde.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26192 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sabine Zimmermann (Zwickau)
Vorsitzende

Maik Beermann
Berichterstatter

Stefan Schwartze
Berichterstatter

Martin Reichardt
Berichterstatter

Grigorios Aggelidis
Berichterstatter

Katrin Werner
Berichterstatterin

Ulle Schauws
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Maik Beermann, Stefan Schwartze, Martin Reichardt, Grigorios Aggelidis, Katrin Werner und Ulle Schauws

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/26192** in seiner 207. Sitzung am 29. Januar 2021 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion trügen die Familien die Hauptlast der Auswirkungen der verstärkten Ausbreitung des Coronavirus. Dies gelte auch für Eltern, die auf die Eingewöhnung ihrer Kinder in der Kindertagesbetreuung warteten und die auch nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen in den Kindertagesstätten weiter mit deren Folgen zu kämpfen hätten, da es dabei zu ungeplanten Verschiebungen kommen werde.

Der Deutsche Bundestag solle daher die Bundesregierung auffordern, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Möglichkeit zu schaffen, den Bezug des Elterngeldes zu verlängern, wenn sich für Eltern aufgrund der pandemiebedingten Schließung bzw. Einschränkung des Regelbetriebs von Einrichtungen zur Betreuung von Kindern der Beginn der zuvor geplanten Aufnahme des Kindes in der Einrichtung zur Betreuung von Kindern verschöbe.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/26192 in seiner 80. Sitzung am 10. Februar 2021 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Berlin, den 10. Februar 2021

Maik Beermann
Berichterstatter

Stefan Schwartze
Berichterstatter

Martin Reichardt
Berichterstatter

Grigorios Aggelidis
Berichterstatter

Katrin Werner
Berichterstatterin

Ulle Schauws
Berichterstatterin

